

stadt.land.links

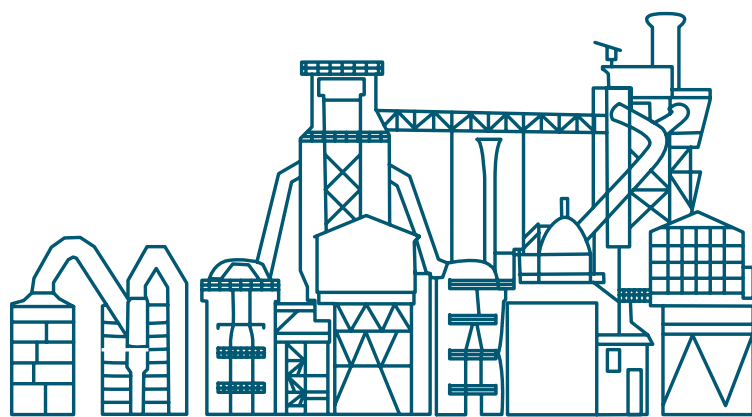
NR.7|2.Quartal 2017

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos

#MACHNEU

**SCHWERPUNKT:
ZUR ZUKUNFT DER NRWSPD**

INHALT



4

Wahlkampf-Bunte –
Dankeschön!

SCHWER- PUNKT: ZUR ZUKUNFT DER NRWSPD



6

#MachNeu



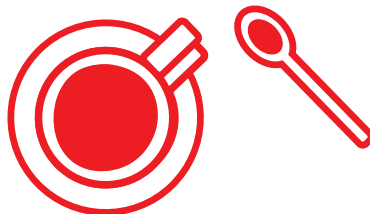
8

Wir sagen jetzt nicht...

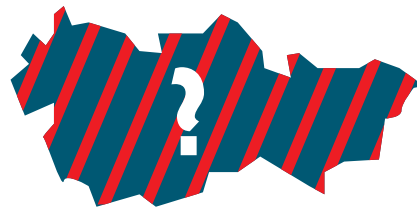


10

Die Themen
sind da



12



Die AfD im Pott

13

Umfrage-Chaos

14



Bundestagswahl

16

KRITIKEN

18

ArbeitnehmerInnen

20

Rätsel



LIEBE NRW JUSOS,



nun ist er also leider da, der Kater – obwohl man nichts getrunken hat. Rot-Grün ist abgewählt, die rechtsradikale AfD sitzt im Landtag. CDU und FDP nennen sich fortan „Die NRW-Koalition“. Studiengebühren stehen vor der Tür und uns bleibt nur die harte Oppositionsbank. Das sind nur die allerersten und noch oberflächlichen Folgen des Knockouts vom 14. Mai 2017. Denn nichts anderes war das Wahlergebnis dieses Tages. Knapp acht Prozent Stimmverlust lassen keinen anderen Schluss zu. Nun gilt es, aufzustehen – auch wenn alles schmerzt.

Apropos Schmerz: Fast schlimmer als alles andere ist die Tatsache, dass wir Jusos nicht für unsere Arbeit in den letzten Jahren belohnt wurden. Unermüdlich waren wir auf den Straßen und Plätzen des Landes unterwegs, in Kneipen, bei Festivals, Frühlingsfesten, Fußgängerzonen, Marktplätzen – wir haben unsere Zielgruppen nicht in Ruhe gelassen. Von Flyer-Verteilen, Haustürbesuchen und Plakatekleben ganz zu schweigen. Gut 10.000 km haben unsere FahrerInnen Jule und Berat mit dem Aktionsbulli quer durchs Land zurückgelegt und sind überall auf motivierte Jusos getroffen, die Bock auf Wahlkampf hatten. Es ist traurig, dass uns auf dem Papier dafür jetzt nur das Trostpflaster bleibt, dass in unserer Altersgruppe die SPD-Verluste (mit Abstand) die ge-

ringsten waren. Wir haben uns gegen diese Niederlage gestemmt, haben vor Ort und im Netz eine unglaubliche Präsenz gezeigt und für unsere Forderungen geworben. Wir hatten viele gute Inhalte im Wahlprogramm, für die sich dieser Kampf gelohnt hat. Leider wurde er nicht honoriert. Über die Gründe und was daraus folgt wollen wir in diesem Heft ausführlich sprechen. Dies soll ein erster Aufschlag zu einem grundlegenden Prozess sein, den wir mit unserem gesamten Verband angehen wollen. Beginnen werden wir bei unserem Verbandswochenende „#MachNeu“ am 17./18. Juni.

Doch an dieser Stelle muss zunächst ein riesengroßes

DANKESCHÖN

an Euch stehen!

Danke für die Blasen an den Füßen vom Tür-zu-Tür-Tingeln.

Danke für die Tennisarme vom Flyer und Gimmicks verteilen.

Danke für die fusseligen Münder vom Menschen überzeugen.

Danke für die Schwielen an den Fingern vom Plakate-Aufhängen.

Danke für die Augenringe von Kneipenwahlkämpfen und Frühverteilungen.

Danke für einen geilen Wahlkampf!

Nun geht es also ans Eingemachte. An die Erneuerung der Partei. Oder fast. Bzw. bald. Denn erst müssen wir uns für die Bundestagswahl aufstellen. Der Kalender ist gnadenlos. Aber nicht nur er. Auch bei einigen Entscheidungen, die kurz zuvor noch als „Geordneter Prozess“ verkauft wurden, gab es keine Gnade. Das einzige, was geordnet verlief, war das Durchstechen von Namen an die Presse.

Nun gilt es für uns NRW Jusos, den Prozess zur Erneuerung der NRWSPD maßgeblich mitzuprägen. An unseren Argumenten – egal ob inhaltlich, strukturell oder personell – wird es nicht scheitern. Wir haben uns nie versteckert, wenn es darum ging,

die Partei auf Erneuerungsbedarf, thematische Klarheit, Zukunftsthemen oder auch die ein oder andere Unmöglichkeit (hust, Asylpakete,

Abschiebungen, VDS...) hinzuweisen. Wir waren immer da und haben für unsere Themen und unsere Vorstellungen von einer modernen Partei gekämpft. So werden wir es auch jetzt tun. Kritisch und solidarisch. Der Bedarf an Erneuerung und Verbesserung ist immens. Also: Mach gut, mach besser, #MachNeu!

Glück Auf! *F. Cordes*

Euer Freddy Cordes,
Landesvorsitzender der NRW Jusos

DANKE FÜR EUREN UNERMÜDLICHEN EINSATZ

Auch wenn das Ergebnis der Landtags-
wahlen nicht die erhoffte Belohnung war,
können wir stolz auf diesen Wahlkampf
sein. Junge Menschen sind auch dieses Mal
nicht an uns vorbei gekommen —
dank Eures Einsatzes.

Und weil das der ganze Verband sehen
sollte, haben wir uns hemmungslos in Euren
FB-Galerien bedient und ein paar Eindrücke
hier gesammelt...

Nun heißt es: Durchatmen — und dann volle
Pulle in den Bundestagswahlkampf!



Straßen, Plätze, Gassen, Feste — kein Ort war vor uns sicher. Auf uns NRW Jusos war Verlass im Wahlkampf.



Zukunft gibt's nicht für lau!
Am 14. Mai SPD wählen!



WENN'S DIR NICHT GEEFÄLLT

Es ist immer leichter aufgeschrieben, was falsch gelaufen ist, als eine Sache konkret zu verbessern. Niemand mag Klugscheißer. Besser machen, nicht nur besser wissen ist die Losung der Stunde. Trotzdem müssen wir benennen, was konkret besser laufen muss — um eine Diskussionsgrundlage zu haben und dann — das ist keine Floskel sondern konkreter Handlungsauftrag — mit dem gesamten Verband eine Neuaufstellung der NRWSPD voran zu treiben. Im folgenden Themenschwerpunkt wollen wir dazu einige Dinge anreißen, die es aus unserer Sicht nun anzupacken gilt. Als Thesen, nicht in Stein gemeißelt. Als ersten Aufschlag, nicht als vollendete Tatsache.

Rückblick, 14. Mai 2017: Als die Balkendiagramme auf den Bildschirmen bei knapp über 30% für die NRWSPD stehen blieben, traf viele von uns der Schlag. Auch wenn manche Umfrage düsteres prophezeite, hatten wir bis zuletzt an einen Sieg geglaubt. Dass wir mit knapp acht Prozentpunkten Verlust im Vergleich zu 2012 und damit hinter der CDU einlaufen würden — diesen Worst Case wollten wir nicht wahrhaben. Es folgten Wut, Trauer, Ohnmacht, ein surreal schneller Rücktritt von Hannelore Kraft — aber auch eine beachtlich schnelle Klarheit bei uns NRW Jusos: Diese Niederlage hat viele Gründe, einige von ihnen liegen weit zurück. Nun braucht es eine grundlegende und geordnete Analyse samt darauffolgendem Erneuerungsprozess. So sahen es eigentlich alle an dem Abend. Leider hielt diese Erkenntnis nur wenige Tage. Dann war das neue Spitzenpersonal bereits auserkoren. Wir Jusos hätten wahrscheinlich viel Zuspruch bekommen, wenn wir uns daraufhin auf die Hinterbeine gestellt und wütend protestiert hätten. Wir haben uns dagegen entschieden. Nicht aus Nibelungentreue oder fehlendem Selbstbewusstsein. Sondern weil uns etwas anderes vorschwebt. Statt aktionistischer Wutmeierei wollen wir grundsätzlich etwas verändern. Um es überspitzt zu sagen: wir wollen dafür sorgen, dass solche Situationen wie in der Woche nach der Wahl nie mehr vorkommen. Wir wollten nicht bellen, aber wir werden beißen, wenn es nötig ist.

Die Menschen in NRW konnten nicht erkennen, warum sie der NRWSPD für weitere fünf Jahre die Geschicke des Landes anvertrauen sollten. Die Schwarzmalerei der CDU, flankiert von falschen Fakten und gänzlich unberührt von jedem Lösungsvorschlag, traf das Bauchgefühl vieler WählerInnen. Doch es reicht nun nicht, die Konservativen für ihre Stimmungsmache zu schelten. Denn wenn man sich unsere Wahlplakate einmal vor Augen führt, bestehen sie ebenfalls aus Stimmungsmache. Sie sollten auf den Bauch zielen, auf ein (#NRWIR-)Gefühl. Und verfehlten die Stimmung im Land damit meilenweit. Dafür gibt es Gründe.

#MACHNEU!#MACHNEU!

Die NRWSPD war in den letzten Jahren nicht der Ort für Politische Debatten. Wenn Parteitage danach ausgerichtet werden, dass alle pünktlich zum Derby im Stadion sind, dann spricht das Bände. Wenn zudem ein mehrjähriger Prozess aufgesetzt wird, in dem trotz Kritik Inhalte dezidiert ausgeklammert werden, dann ist das bedauerlich. Nein, mehr noch: Es ist fahrlässig, denn man wusste es besser: Nach der Niederlage 2005 hat man sich gemeinsam geschworen, nicht noch einmal den Fehler zu machen, die Partei in einer Regierungszeit auf Autopilot zu stellen. Trotzdem haben wir uns mit Waffeln backen und Zäune streichen begnügt. Und zahlen nun die Zeche. Dann kauft einem auch niemand mehr einen an sich selbst scheiternden Beteiligungsprozess zum Wahlprogramm ab. Dann sinkt die Bereitschaft, anstrengende Gespräche mit WählerInnen zu führen. Dann ist die Luft raus und es endet wie nun geschehen.

Echte inhaltliche Beteiligung ist kein Selbstzweck. Die Arbeit an politischen Themen ist unsere Daseinsberechtigung, unser Wesens- und Markenkern. Das Ringen um Lösungen und Kompromisse stiftet Identifikation und Motivation. Die vielen neuen Mitglieder, die zu uns gekommen sind, wollen nicht in erster Linie einem Ortsverein vorstehen. Sie sind zu uns gekommen, weil sie Ideen haben, die sie gemeinsam mit der SPD verwirklichen wollen. Weil sie merken, dass die SPD mit ihrer ganzen ideellen Kraft gebraucht wird. Wir greifen zu kurz, wenn wir dieses Engagement auf gesellige Abende und Jubilar-Ehrungen reduzieren. Doch echte Beteiligung ist organisatorisch anstrengend und benötigt Zeit. Wir NRW Jusos haben über drei Jahre hinweg unter dem Slogan „Zukunft gibt's nicht für lau“ für mehr öffentliche Investitionen geworben. Zum Entwurf des Programms gab es regionale Beteiligungsforen, bei der Landeskonzferenz wurde jeder Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt. Der so entstandene Kampagnen-Beschluss wurde vom Landesvorstand in ALLE Unterbezirke getragen. Wir haben dabei gelernt: Als uns die Sachen schon fast wieder aus den Ohren rauskamen, hatten zahlreiche Genossinnen und Genossen sie noch nicht ein einziges Mal gehört. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie es sich dann erst bei den Menschen außerhalb der Partei verhalten hat. Doch am Ende kannte wirklich jeder Juso (und viele viele weitere GenossInnen) die Kampagne und ihre Themen und hat sie begeistert vertreten. Will sagen: Ein echtes inhaltliches Fundament, eine gemeinsame Idee, verknüpft mit einer stimmigen Geschichte, braucht Zeit und Arbeit, Arbeit, Arbeit. Aber es zahlt sich am Ende aus.

Wir wollen diesen Eifer für Themen und eine gemeinsame Geschichte (ein Narrativ) in die NRWSPD tragen. Doch dafür braucht es tragfähige Rahmenbedingungen. Wir wollen nicht nur thematische StichwortgeberInnen sein, sondern durch ein erneuertes Gesamtklima in der Partei gemeinsam für eine bessere Zukunft kämpfen. Das beinhaltet auch die ein oder andere in Zukunft anders laufende Personalentscheidung. Um einen Klassiker der Demokratiegeschichte zu bemühen: „No taxation without representation“ – nicht nur abschöpfen, sondern auch sichtbar mit einbeziehen.

Folgende Punkte haben wir als erste Schritte identifiziert. Sie sollen in einem Antrag an den Juso-Landesausschuss gestellt werden:

- **Die ganze Partei mitnehmen!** Der Prozess der Neuaufstellung ist ein Prozess der gesamten NRWSPD – nicht nur ihres Spitzenpersonals oder der Landtagsfraktion. Um eine breite Diskussion in der gesamten Partei zu ermöglichen, fordern wir weitere parteioffene Beteiligungsformen. Diese sollten methodisch, zeitlich und inhaltlich in der Lage sein, Forderungen, Wünsche und Ideen aus der Basis aufzunehmen und daraus ernsthafte und verbindliche Konsequenzen zu ziehen. Als NRW Jusos werden wir bereits am 17.-18. Juni mit diesem Prozess beginnen und mit ca. 100 unserer GenossInnen offen, kritisch und transparent die Wahl analysieren und unsere Schlussfolgerungen ziehen.
- Die NRWSPD muss gemeinsam **eine neue sozialdemokratische Geschichte für Nordrhein-Westfalen** erarbeiten! Wir können dabei an gute Punkte in unserem Regierungsprogramm anknüpfen. Wir müssen aber auch neuen Denkanstößen ausreichend Möglichkeit zur Entfaltung geben. Der inhaltliche Erneuerungsprozess braucht einen langen Atem und hat ein klares zeitliches Ziel: Zur Landtagswahl 2022 steht die gesamte NRWSPD geschlossen hinter einer gemeinsamen Kampagne mit einer echten Zukunftsvision für unser NRW.
- Dafür muss die NRWSPD wieder **Diskussionsräume für die Breite ihrer Mitglieder** schaffen. Die Ergebnisse dieser Diskussionen müssen die Grundlage für die inhaltliche Neuaufstellung der Partei sein.
- Die inhaltliche Erneuerung wird nicht ohne deutlich wahrnehmbare personelle Erneuerung von staten gehen. Diese **persönlichen Veränderungen** müssen dazu beitragen, dass die Partei insgesamt vielfältiger, insbesondere aber jünger und weiblicher wird.
- Der **Landesvorstand der NRWSPD** muss wieder in seiner Gänze Verantwortung für die wichtigen politischen Entscheidungen der Partei übernehmen. Das erfordert von jeder und jedem Einzelnen engagierte Mitarbeit und eigene Initiative.
- Auch die **Strukturen und Formen der Mitarbeit** innerhalb der NRWSPD gehören erneut auf den Prüfstand. Die vielen neuen Mitglieder der letzten Monate sollten uns hierzu besonderer Ansporn sein.
- Die **NRWSPD als Partei** darf den Anspruch der Ursprung, die Legitimation und der Gradmesser für gute sozialdemokratische Politik in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus zu sein nicht wieder leichtfertig aufgeben.



Frederick Cordes (30) ist seit 2010 Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos. Seit 2014 ist er Landesvorsitzender. Er hat Geographie an der Uni Duisburg-Essen studiert und mit einem Master abgeschlossen. Zur Zeit arbeitet er bei der SPD in Bielefeld.

WIR SAGEN
JETZT NICHT,
WIR HABEN'S
JA GEWUSST,
ABER WIR
HABEN ES JA
GEWUSST

Die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie hat bei den Landtagswahlen eine schmerzhaft Niederlage erlitten. Gerade für viele Jusos in NRW waren die Ergebnisse am 14. Mai ein herber Schlag ins Gesicht. Wir — tausende Jusos in ganz NRW — haben einen unglaublichen Jugendwahlkampf auf die Beine gestellt: unser Zielgruppen-Material wurde quer durch das Land bestellt und unter die Leute gebracht, der knallbunte Jusobulli rollte ununterbrochen über die Straßen von Ostwestfalen bis ins Aachener Land, wir haben die jungen Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort unterstützt und tausende Plakate gehängt, Flyer verteilt, Hausbesuche durchgeführt und Stände betreut. Wir erlauben uns zu vermuten, dass das SPD-Ergebnis bei den Jungwählerinnen und Jungwählern — dort hatten wir den geringsten Stimmverlust aller Altersgruppen — auch auf unser Engagement zurückzuführen ist. Als Jusos sind wir stolz auf unseren Wahlkampf!

So eine Wahlniederlage tut weh. Wir haben hohen Respekt vor der Geradlinigkeit und Konsequenz, die Hannelore Kraft nach sieben Jahren als Ministerpräsidentin auch über die Wahlniederlage hinaus mit ihrer sofortigen Verantwortungsübernahme gezeigt hat. Ebenso respektieren wir den Rücktritt von Andre Stinka. Als bereits wenige Tage nach der verlorenen Landtagswahl das neue Spitzenduo der Partei verkündet wurde, waren die meisten von uns verärgert. Nicht wegen der Personen, sondern wegen des Verfahrens. Ein Einigung der Spitzen aus Partei, Fraktion und abgewählter Regierung hinter verschlossenen Türen war nicht das, was wir uns unter einem „offenen Prozess“, wie er noch am Tag nach der Wahl versprochen wurde, vorgestellt haben.

Doch jetzt heißt es: nach vorne blicken. Wir wünschen Mike und Svenja alles Gute für ihre neuen Aufgaben! Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit und versprechen euch, dass wir ebenso kritisch wie solidarisch bleiben. Wir werden uns weiterhin inhaltlich, strukturell und personell einbringen und ein linker Motor in der Partei bleiben. Gerade jetzt wird das auch dringend nötig sein. Die Wahlniederlage hat strukturelle und organisatorische Mängel offenbart, die wir jetzt geschlossen angehen müssen. An vorderster Stelle steht dabei die Beteiligung!

Wir brauchen eine noch intensivere Beteiligung der Mitglieder. Das heißt, wir müssen die Möglichkeiten zur Mitarbeit kontinuierlich weiter erhöhen. Mitglieder und Externe müssen eingebunden werden und neue Zukunftsthemen identifizieren und

mit erarbeiten können. Denn davon lebt eine Partei in beträchtlichem Maße. Die NRWSPD muss frühzeitig neue Themen identifizieren und gute Positionen dazu entwickeln. Auch die Weiterentwicklung von bestehenden Themen muss stattfinden. Wichtige Themen, wie nachhaltige Investitionen, müssen stets aktuell, modern und mehrheitsfähig gehalten werden.

Mit der Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau“ haben die NRWJusos in den letzten zwei Jahren vorgemacht, wie so etwas aussehen kann. Mit allen Mitgliedern haben wir eine Kampagne zu Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Mobilität entwickelt, sie auf die Straße und in die Partei getragen und am Ende an entscheidenden Stellen im Wahlprogramm mitgewirkt. Zum Beispiel haben wir mit der Forderung nach dem Azubi-Ticket ein zentrales Thema unserer Kampagne zur Wahlkampforderung gemacht.

Um innerhalb der Partei die Geschlossenheit zu erhalten und zu verbessern, müssen Themen zuerst in der Partei diskutiert, vorbereitet und dann letztlich beschlossen werden. Diese Beschlüsse müssen dann in der Landespolitik bzw. Oppositionsarbeit umgesetzt werden. Die Partizipation auf der einen Seite und die parteiinterne Bildungsarbeit auf der anderen Seite müssen erhöht werden. Innerhalb eines Jahres bieten die NRWJusos ihren Mitgliedern vier eintägige Foren, vier zweitägige Verbandswochenenden, acht Neumitgliederseminare, sowie zahlreichen Grundlagenseminare, Frauen-Rhetorikschulungen, Exkursionen und Bildungsfahrten an. Wir erreichen dadurch Tausende Mitglieder, die an der inhaltlichen Arbeit der Jusos direkt mitwirken und sich dabei weiterbilden. Hinzu kommt noch die unschätzbare Bildungsarbeit der Jusos vor Ort. Auf mindestens einer Landeskongress und einem Landesausschuss pro Jahr fassen Delegierte demokratische Entschlüsse — ganz ohne Antragskommission. Jeder Antrag und jeder Änderungsantrag kann begründet und erwidert werden.

Wir erwarten nicht, dass die NRWSPD alle Verfahren der NRWJusos kopiert, aber in beiden Bereichen — innerparteiliche Bildung und innerparteiliche Partizipation — muss sich in unserer Partei dringend etwas ändern. Wir haben viel Erfahrung und werden uns an diesem Prozess aktiv einbringen und wir wissen, dass viele junge Menschen darauf warten.

Im Hinblick auf die Vertretung aller Altersgruppen in der Partei und der Außen-

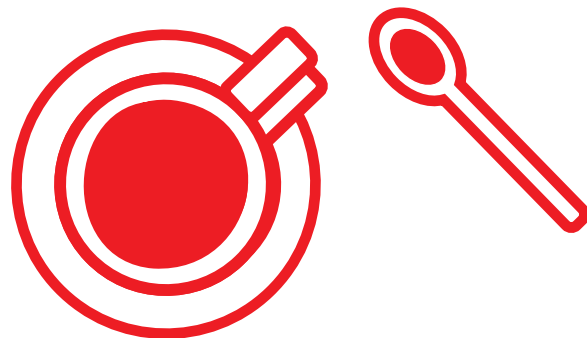
wirkung der gleichen, aber auch mit Blick auf die zurückliegenden und anstehenden Wahlen, so wie der gesicherten Zukunft der Partei insgesamt ist auch die Nachwuchsförderung ein stetes Anliegen, das der Gesamtpartei am Herzen liegen muss. Es muss gelingen, dass gute junge Mitglieder gezielt gefördert werden und auch die Möglichkeit erhalten in der Partei Ämter und Funktionen auszufüllen, so wie Mandate auf allen Ebenen zu erlangen.

Übrigens: Alle kursiv gehaltenen Textteile sind Teil des Antrags *„Wir brauchen die konsequente Weiterentwicklung der NRWSPD: Zukunftssicher, progressiv, beteiligend, geschlossen, erfolgreich und stark im Bund“*, den die NRWJusos 2012 auf dem Landesparteitag in Münster gestellt haben und der an die Organisationskommission der NRWSPD überwiesen wurde. Geschehen ist seitdem wenig. Unsere neue Parteispitze steht vor großen Herausforderungen. Wir Jusos stehen bereit bei der Bewältigung zu helfen. Notwendige Bedingung ist jedoch, dass eine wirkliche Erneuerung der Partei nach diesen Kriterien angegangen wird. Wenn es uns gelingt den Parteireformprozess auf Landesebene zügig und konsequent anzugehen, dann wird es uns gelingen die NRWSPD vorbildlich für die Zukunft aufzustellen.



Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort u.a. die Leitlinie Antifaschismus. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

**UNSERE
THEMEN
NICHT AM
ARBEITS-
PLATZ
LIEGEN-
LASSEN!**



**GERADE JETZT MUSS
DIE NRW SPD
PROGRESSIVE ARBEIT-
NEHMENDEN-PARTEI
BLEIBEN**



Wenn man den Wähler*innenbefragungen Glauben schenken darf, hat die SPD bei der Landtagswahl rund 500.000 Stimmen an CDU und FDP verloren. Ohne diesen Stimmenverlust wäre die Sozialdemokratie mit Abstand stärkste Kraft geworden – mit klarem Regierungsauftrag. Es ist davon auszugehen, dass diese 500.000 Menschen wohl keine Turbokapitalist*innen sind. Ja, wir haben die Wahlen auch in der Mitte(Ischicht) verloren. Hinzu kommt, dass wir unsere eigene Klientel nicht mobilisiert haben: Relativ starke Ergebnisse hatten wir dort, wo die Wahlbeteiligung besonders niedrig war. Wo die Wahlbeteiligung hoch lag, legte das Mitte-Rechts-Lager zu. Unsere Erklärung: Die Sozialdemokratie ließ die Chance zur Zuspitzung verstreichen, zu der das eigene Wahlprogramm eigentlich herausforderte. Die Konservativen hingegen politisierten ihre Themen. „Rechts“ wurde also für eine Richtungswahl mobilisiert, während wir diese „links“ liegen ließen. Sozialdemokratische Deutungshoheit geht anders! Die NRWSPD versuchte im Wahlkampf, einen positiven Ist-Zustand des Landes zu zeichnen. Das Wahlprogramm und die entscheidenden Passagen zu Zukunftsthemen besaßen hingegen das Zeug für eine Kampagne, die das NRW von morgen zeigt. Gute linke (!) Forderungen der Sozialdemokratie zur Landtagswahl treffen den Alltag vieler Menschen. Nämlich in dem Sinne, dass SPD-Politik der breiten, nicht-privilegierten Mehrheit von Menschen helfen will: Denjenigen, die für ein besseres Leben darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; die auf einen handlungsfähigen Staat setzen müssen, der gute Kitas, Schulen, Verkehrswege und -mittel (Busse, Bahnen) bereithält; und denen Steuergerechtigkeit hilft, weil Vermögende sich sonst aus ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit stehlen. Im Übrigen gehört hierzu auch die Sorge um die Verletzlichkeit eigener

Schutzräume wie der eigenen Wohnung. Für uns ist deshalb klar: Die NRWSPD ist krachend damit gescheitert, der Mitte(Ischicht) – also vielen abhängig Beschäftigten – zu vermitteln, warum linke Politik ihr Leben besser und erträglicher macht. Berufspendler*innen werden sich schnell in der Plakatkampagne der christdemokratischen Konkurrenz wiedergefunden haben. Wer steht schon gerne früh auf, um im Stau zu stehen? Dass der Biss ins Lenkrad keine Lösung sein kann – und auch keine eigene Lösung angeboten wurde –, ist von der NRWSPD blank gelassen worden. Dabei zeigen die zahlreichen Baustellen, dass der Investitionsstau vorüber ist. Dass neue Milliarden in Schiene und Straße investiert werden – die NRWSPD hat medienwirksam kein Wort darüber verloren und die Chance zur eigenen Zuspitzung verpasst. Dabei formulierte Michael Groschek so passend: „Gegen Stau hilft nur Bau.“ Auch an anderen Stellen hätte es sich gelohnt, die inhaltliche Leere der Konservativen und die fatalen programmatischen Ansätze der Liberalen zu thematisieren – und zwar durch die Herausstellung unserer Vorstellungen.

DAS RICHTIGE PROGRAMM – ABER DIE FALSCHERZÄHLUNG UND KAMPAGNE!

Während Arbeitgeber*innenverbände und die ehemaligen Oppositionsparteien über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit junger Menschen und den angeblich drohenden Fachkräftemangel herziehen, hat die NRWSPD durch den starken Einfluss der Jusos zentrale Forderungen zur Verbesserung von Ausbildung und Ausbildungsqualität aufgestellt. Azubi-Ticket, Wohnheime, Ausbildungsgarantie sowie „kein Abschluss ohne Anschluss“ sollen als Stichwörter genügen. Man hätte diese Forderungen packen und ein lautes „in your face“ in die neoliberale Ecke schicken sollen!

Jung und Alt stehen vor erheblichen Herausforderungen im Berufsleben. Die Digitalisierung lässt manchen Stein nicht an seiner Stelle stehen. Das bringt Ängste mit sich. Wer vor 20 Jahren im KFZ-Gewerbe gelernt hat, kann heute nicht automatisch etwas mit Elektromobilen anfangen. Wer aber dort arbeiten möchte, muss künftig Elektromobile reparieren können. Welche Tätigkeiten in Industrie und Dienstleistung werden künftig automatisiert stattfinden? Über welche Qualifikationszyklen muss man reden? Und ganz „old school“: Wie entwickeln sich die Gehälter in diesem Transformationsprozess? Und gibt es Möglichkeiten, dass Gewerkschaften und Betriebsräte noch stärker die Rechte arbeitender Menschen in Zeiten von „4.0“ begleiten können? Die NRWSPD hat hierfür viele richtige Ansätze durch das Wahlprogramm geliefert. Dem Wahlprogramm hat nur niemand Beine gemacht. So landeten unsere Ziele nicht auf der Werkbank oder dem Schreibtisch der Leute, die sich mit diesem ganzen Komplex auseinandersetzen.

Auch vor Ort wurde zu wenig die Gelegenheit genutzt, eigene Initiativen zu gestalten. Die NRWSPD hat das Tariftreuegesetz wieder ins Land geholt. CDU und FDP wollen es seit jeher abschaffen. Nun droht die Abschaffung des Gesetzes und damit die Wiederkehr des Vorrangs von Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen. Das Landespersonalvertretungsgesetz wird zum Nachteil der Personalräte verändert werden. Dies und noch viel mehr waren vor der Wahl bekannt. Und trotzdem hat man die Chance nicht genutzt, das wieder gewonnene Vertrauen zwischen Gewerkschaften und SPD hier zu nutzen.

Innenpolitisch hätte die NRWSPD als einzige Partei den Spagat zwischen besserer Kriminalitätsbekämpfung und Bürger*innenrechtsschutz schaffen können. Aber: Statistiken ersetzen — wie auch in anderen Politikfeldern — keine Erzählung. Die Einstellung neuer Polizist*innen ist nicht zwecklos. Sie sollte unter anderem helfen, die Unverletzlichkeit der Wohnung zu sichern und damit Grundrechtsschutz bieten.

Apropos Erzählung: Viel zu oft verbindet man politische Forderungen mit abgrenzbaren Zielgruppen. Die letzten Wahlen zeigen, dass es nicht funktioniert. Die vielfach schon geforderte Erzählung eines Gesellschaftsbildes, aus dem sich Forderungen ableiten, darf nicht in Nischen abgestellt werden. Aber genauso wichtig ist es, die Auswirkungen politischer Forderungen für zunächst höchstens mittelbar Betroffene aufzuzeigen. Beispiel kostenlose Meister*innenausbildung: Wer auch künftig bei Verstopfung den/die Klempner*in des Vertrauens anrufen will, braucht erstmal auch Leute, die in den Handwerksberufen nachrücken.

UNSERE LEKTIONEN AUS DER WAHLNIEDERLAGE

Was sollte die SPD also aus dieser Wahlniederlage lernen? Wer die eigene Richtung versteckt, muss einen Richtungswahlkampf verlieren. Wer linke Forderungen praktisch, mutig und emotional vermittelt, kann gewinnen. Dazu fünf Lektionen:

1. Wir leben in Zeiten neuer Politisierung. Deswegen haben knapp 600.000 Menschen mehr als noch 2012 ihre Stimme bei der Landtagswahl abgegeben. Gerade jetzt suchen die Menschen nach politischer Orientierung — nach klarer Kante. Darum sind bundesweit fast 20.000 Menschen in die SPD eingetreten. Wann, wenn nicht jetzt, sollte die SPD den Mut zu klaren Wertebekennnissen und ihren eigenen Themen haben? Nur so bewegen wir „unsere Leute“ zur Wahlurne — und nehmen „die Mitte“ mit.
2. Ja, das Narrativ der CDU redete Bildung, Straßen und Sicherheit in NRW schlecht — damit bildete es nicht die von den meisten „gefühlte“ Realität in NRW ab. Die Erzählung der SPD

war jedoch kein bisschen realistischer. Es hätte an der SPD gelegen, für mehr Realitätsbezug zu sorgen. Dafür hätten wir unsere klaren Forderungen in eine Geschichte packen müssen, die sagt: was ist — und was sein soll.

3. Nein, wir sollten der CDU nicht vorwerfen, dass sie ihre Themen und Probleme politisiert. Das Problem ist, dass wir selbst nicht offen zugespitzt haben — zum Beispiel durch die Verbindung der CDU mit Studiengebühren. Damit hätten wir zwar den Zorn der Konservativen auf uns gezogen — aber öffentlich wären die Richtungen klarer gewesen.
4. Ja, Kampagnen können manchmal von realer Dynamik eingeholt werden — und hinterher ist man immer schlauer (obwohl die CDU genau die gleiche Tour schon 2005 gefahren ist und auch damals gewonnen hat). Trotzdem war es auch in der Vergangenheit möglich, auf Stimmungsschwankungen zu reagieren. Die unerwartete „Aufholjagd“ bei der Bundestagswahl 2005 erklärt sich doch nicht zuletzt dadurch, dass die SPD am Ende kontrastiertere Inhalte statt Hochglanz plakatiert hat.
5. Insgesamt haben wir darin versagt, unsere Richtung in Abgrenzung zum Mitte-Rechts-Lager klarzumachen. Aber darum geht in der Politik, gerade in Zeiten neuer Politisierung. (Regierungs-)Parteien werden immer weniger für ihre Leistungen der Vergangenheit gewählt — und stärker für das, was sie zukünftig anzubieten haben. Während bisher bei Angela Merkel das Versprechen zu reichen schien, dass sie nichts kaputt mache, muss die SPD als linke Volkspartei immer einen inhaltlichen Anspruch der „Veränderung zum Besseren“ vermitteln.

IN DER OPPOSITION DEN KURS SCHÄRFEN – UND OFFENTLICH ZUSPITZEN, WAS WIR WOLLEN!

Was sagt uns diese Analyse für den Neubeginn der Partei? Für NRWSPD-Politik in der Opposition? Zumindest inhaltlich ging's bisher in die richtige Richtung. Daran gibt's nichts zu rütteln! Aber natürlich müssen unsere Forderungen weiterentwickelt werden, z.B. bei der Ausbildungsgarantie oder der Gestaltung von Arbeit 4.0. Wir dürfen unser politisches Programm nie wieder an den Arbeitsplätzen in Parteigremien und Parlamenten liegenlassen, sondern müssen es offensiv nach außen tragen! Hierbei ist die strategische Partner*innenschaft mit Gewerkschaften und Zivilgesellschaft weiter auszubauen. Es gilt jetzt, die Mitte-Rechts-Politik in aller demokratischen Schärfe zu bekämpfen — ob beim Kaputtsparen der Kommunen, der Einschränkung des Tariftreuegesetzes oder der Wiedereinführung von Studiengebühren.



Christin Riedel ist Mitglied im Landesvorstand und arbeitet dort u.a. in den Bereichen Internationalismus und Bündnisarbeit. Wenn sie nicht gerade gegen Nazis demonstriert, reist sie dem FC Schalke 04 hinterher.



Felix Eggersglöß, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe und unser fleißigster Twitterer. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Seine politischen Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Klimapolitik.



Fabian Ferber war örtlicher Wahlkampfleiter von Gordan Dudas MdL (einziges Direktmandat in Südwestfalen). Er ist Gewerkschaftssekretär und war viele Jahre Vorsitzender der Jusos Märkischer Kreis. Seine ersten Fußballschuhe waren von Puma (Modell "Lothar Matthäus").



Über die AfD-Ergebnisse im Pott

Mit 7,4 Prozent ist die Alternative für Deutschland in den Düsseldorfer Landtag eingezogen. Sie ist zwar damit weit hinter ihrem selbstgesteckten Ziel der 10 plus X Prozent geblieben und stellt lediglich 16 statt 30 Abgeordnete in der kommenden Legislatur, aber toll ist es nicht. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Wohl eher nicht! Zwar blieb die rechtspopulistische Rassist*innenpartei hinter ihren Erwartungen zurück, aber 626 756 Zweitstimmen sind 626 756 Stimmen zu viel! Warum war die AfD so erfolgreich und warum konnte sie in Multikultiland NRW so viele Stimmen fischen? Blicken wir in die Herzkammer der Sozialdemokratie: Dem Ruhrgebiet. Dort erhielt sie prozentual ihre meisten Stimmen.

Am meisten im Wahlkreis Gelsenkirchen II (15,2 Prozent), Duisburg IV-Wesel V (14,6 Prozent), Gelsenkirchen I (14 Prozent), Essen I - Mülheim II (13,1 Prozent) und Herne I (11,2 Prozent). In Münster, Köln oder Aachen (alle unter 4,5 Prozent) wurde die geringsten Werte gemessen.

Relativ betrachtet ist es ein Nackenklatscher für jede*n Genoss*in am Infostand im Ruhrgebiet. Das Herz blutet, aber es ist kein reines Ruhrgebietsproblem.

Schaut man sich die Zahlen in Münster mit dem geringsten Prozentsatz (2934 Zweitstimmen = 3,44 Prozent) und im Gelsenkirchener Norden (6611 Zweitstimmen = 15,22 Prozent) zusammen mit der unterschiedlichen Wahlbeteiligung an (GE: 55 Prozent; MS: 73 Prozent), so wird selbst jeder*m nicht Mathematiker*in bewusst, dass die hohen Prozentzahlen an der schwachen Wahlbeteiligung in Gelsenkirchen und im Ruhrgebiet lagen. Das Ruhrgebiet hat nicht geliefert! Der Erfolg der AfD ist da und wir dürfen ihn nicht kleinreden oder ignorieren. Trotz einer gestiegenen Wahlbeteiligung wurde die Landesregierung abgewählt. Es war die Schwäche von uns und weniger die Stärke von Laschet und Co.

Zwei Punkte sind dabei wichtig: 1. Die Situation der Menschen, 2. Mobilisierung der Sozen.

1. Als Partei der Arbeitnehmer*innen leiden wir am meisten unter dem Wandel der Gesellschaft und der Arbeitswelt (siehe Artikel von Lena auf Seite 18 in diesem Heft). Zwar ist die Bindung zwischen der SPD und den

Arbeitnehmer*innen noch am höchsten, aber die Basis der Personen wird durch die Demografie der Gesellschaft immer kleiner und die sozialen Schichten brechen auseinander. Platt gesagt: Es sterben mehr Sozen, als dass sie geboren werden und mehr Sozen-Kinder klettern die Bildungsleiter nach oben und identifizieren sich nicht mit uns. Dies kristallisiert sich im Herzen von NRW. Die Städte im Ruhrgebiet, die sogenannte Herzkammer, leiden u.a., unter der finanziellen Notlage. Geringe Steuereinnahmen trotz höchster Steuersätze, ein großer Sockel von Langzeitarbeitslosen und schrumpfende Angebote der öffentlichen Hand prägen das Bild der Ruhrgebietskommunen. Es wird mehr darüber diskutiert was eingespart werden kann und nicht darüber was gefördert werden muss.

2. Uns, den Ruhris, ist es nicht gelungen unsere sozialdemokratische Wählerbasis zu mobilisieren. Der AfD, als Protestpartei bei dieser Landtagswahl, ist es hingegen gelungen Menschen an die Wahlurne zu bringen. Wir haben ein Mobilisierungsproblem. Mea culpa (meine/unsere Schuld)!

Wie geht's nun weiter? Ich gefalle mir selber nicht mit meinem Kirchturmdenken, aber wir müssen unseren Fokus auf die Metropole Ruhr richten! Ich weiß, südlich der Ruhr und nördlich der Emscher fließt auch kein Milch und Honig, aber trotz alldem müssen wir Ungleiches ungleich behandeln. Im Ruhrgebiet verstaubt nicht nur die Sonne, sondern auch das Schicksal der Sozialdemokratie. Wir sind nicht die allergeltesten, wir brauchen jetzt die Hilfe von Euch. Das Zusammenleben zwischen Duisburg und Hamm entscheidet über das Zusammenleben zwischen Minden und Bonn: Geht's dem Ruhrgebiet schlecht, dann geht's NRW und damit auch der BRD schlecht.

Gegen die Rechten brauchen wir vor allem eine glaubhafte Erzählung. Wir müssen begründen, warum wir welche Entscheidung getroffen haben und vor allem wo wir in Zukunft hinwollen. Es gibt keine Selbstverständlichkeiten mehr. Im Pott entscheidet sich die Zukunft unserer 154 Jahre alten Partei.



Alexander Nolte kommt aus Essen und ist Mitglied im Landesvorstand. Er mag Bohemian Rhapsody von Queen und weiß, was Triskaidaphobie bedeutet. Jüngst hat er seinen Master in Politikwissenschaft zum Thema Kommunalen Klimaschutz gemacht.

M

Meinungsumfragen haben Einfluss auf die politische Stimmung und damit auch auf Wahlen. Spätestens seit dem Trump-Vorhersagedebakel werden die Umfragen jedoch in Zweifel gezogen. Während die Amerikaner ihre Prognosedebakel aufarbeiten, fehlt es den deutschen Instituten an Problembewusstsein.

Der Postillion hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Sati-resite titelte: „Umfrage: Martin Schulz so beliebt wegen seiner hervorragenden Beliebtheitswerte.“ Meinungsumfragen haben heute starken Einfluss auf die politische Berichterstattung. JournalistInnen berufen sich häufig auf Meinungsumfragen anstatt Politik selber kritisch zu bewerten. Die Abfolge der Ereignisse ist dann möglicherweise so: Gute Umfragewerte erwirken positive Berichterstattung; positive Berichterstattung bewirkt positive Umfragewerte, und so weiter... Genauso geht der selbstverstärkende Mechanismus auch in die andere Richtung. Bei der Saarlandwahl entpuppte sich der Schulz-Effekt als kleiner als vorhergesagt. Dies brachte eine negative Berichterstattung für die SPD mit sich. Diese dürfte einen negativen Effekt auf die Umfragewerte gehabt haben. Am Ende waren auch die Umfragewerte der NRWSPD und Hannelore Kraft vom SPD-Abwärtsstrudel betroffen. „Landtagswahl in NRW: Reicht die Kraft?“ oder „SPD nach Wahlschlappe: Nicht mal mehr auf Augenhöhe“ lauteten die Überschriften wenige Tage vor der Wahl. Kaum zu glauben, dass sich solche Überschriften nicht negativ auf die Zustimmung zur SPD auswirken. Der Postillion hätte in dieser Zeit auch titeln können: „Hannelore Kraft verliert zunehmend an Zustimmung, weil die Zustimmungswerte zunehmend schlechter werden.“

Die Meinungsumfragen haben also wahrscheinlich einen Einfluss auf die Wahlergebnisse. Ob mit Absicht oder versehentlich: Fehler in den Meinungsumfragen könnten so die Politik nachhaltig beeinflussen. Umso wichtiger ist die Sorgfalt und Redlichkeit der Meinungsforschungsinstitute. In Amerika hat nach dem Prognose-Debakel um die Trump-Wahl eine Aufarbeitung stattgefunden. Die Vereinigung der Meinungsforschungsinstitute hat eine Analyse der Prognosefehler durchgeführt.

Und in Deutschland? Für Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen des ZDF (FGW) ist die Sache klar. Wer Meinungsumfragen kritisiert, gehört für ihn entweder zu den „Lügenpresse-Rufern“ oder hat einfach keine Ahnung von der Materie. Und tatsächlich: So schlecht, wie auch Hannelore Kraft die Umfragen immer gemacht hat, waren sie in NRW am Ende nicht. Mit nur wenigen Prozentpunkten Abweichungen glich die letzte Meinungsumfrage der FGW dem tatsächlichen Wahlausgang. Die Arroganz, mit der Matthias Jung Kritik an den Umfragen abbügelt, ist jedoch keineswegs angebracht. Immer richtig gelegen haben die Meinungsumfragen vor der Wahl definitiv nicht. Wenige Wochen vor der Wahl hatten verschiedene Umfragen die Differenz zwischen Union und SPD mal mit 9 und mal mit 0 Prozentpunkten angegeben, trotz eines sich überschneidenden Umfragezeitraums (YouGov 9; Infratest dimap 0). Wer von den Instituten nun richtig lag, wird ein Geheimnis bleiben. Dass beide richtig

lagen, ist jedoch ausgeschlossen. Zuletzt deutlich danebengelegen hatte die FGW erst bei den Landtagswahlen im Saarland. Im Vergleich zur letzten Meinungsumfrage wich die CDU um 3 Punkte nach oben und die SPD um knapp 3 Punkte nach unten ab. Das liegt zwar nur knapp außerhalb der, vom ZDF eingeräumten Fehlertoleranz von 3 Prozentpunkten pro Partei, wirkt sich aber erheblich auf die Differenz zwischen Union und SPD aus. Und das nur drei Tage vor der tatsächlichen Wahl! Matthias Jung kann auch diese Abweichung mit einem einfachen Argument entkräften. Man prognostiziere ja nicht den Wahlausgang sondern gebe nur aktuelle Stimmungsbilder wider. Diese seien aber exakt. Mit anderen Worten (etwas überspitzt): Elf mal im Jahr ist die FGW in der Lage schon am Freitag „exakt“ zu sagen, was das Ergebnis wäre, wenn am Sonntag gewählt würde. Nur drei Tage vor der Wahl, gilt die Umfrage nicht für den Wahlsonntag. Jungs Argument taugt nicht nur dazu jede noch so gravierende Abweichung zwischen Umfrage und Wahlergebnis zu rechtfertigen, sondern es entzieht die Wahlforschung jeder Überprüfung. Man stelle sich einen Zauberer in der Manege vor, der behauptet: „Genau in diesem Augenblick sitzt ein Kaninchen unter meinem Zylinder. Dieses exakte Messung ist jedoch keine Prognose für den Augenblick, in dem ich den Zylinder von meinem Kopf ab-

nehme.“ Die gleiche Argumentation verfolgt auch Jörg Schönenborn von der ARD. Schon nach dem Vorhersage-Debakel bei der Bundestagswahl 2005 argumentierte er, die Umfragen seien richtig gewesen, nur viele Menschen hätten sich zwischen Umfrage und Wahlsonntag noch einmal umentschieden.

Ein Umdenken bei Instituten und Presse auch in Deutschland ist jedoch bitter notwendig. Gerade die Institute von ARD und ZDF stehen in der Pflicht. Sie sollten die Probleme der Meinungsforschung nicht länger negieren, sondern mit Information und Transparenz reagieren. Die Umfragerohdaten gehören ebenso veröffentlicht wie die statistischen

Verfahren mit denen die Rohdaten in die Umfrageergebnisse verwandelt werden. Nur so können sich die Zuschauer ein Bild über die Sorgfalt und Redlichkeit der Institute machen. Auch die JournalistInnen sind gefragt. Sie sollten sich darauf konzentrieren Politik kritisch zu bewerten anstatt bloß die Erkenntnisse von Meinungsumfragen zu reproduzieren.

Immer Ärger mit den Umfragen



Jan Siebert (30) ist Mitglied im Landesvorstand. Er arbeitet als Volkswirt an der Universität Duisburg-Essen. Zwischen 2008 und 2011 war er Vorsitzender der Jusos im Kreis Unna. Trotz seiner westfälischen Herkunft liebt er den Rheinischen Frohsinn und obwohl er in Dortmund lebt, brennt er für den FC Bayern.



ES IST ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT



S

Schon anderthalb Stunden vor offiziellem Programmbeginn stehen sie dicht aneinander gedrängt im Atrium des Willy-Brandt-Hauses.

Fan-Shirts tragend und Papp-Schilder in die Luft haltend. Auch die selbst ernannte Avantgarde hat sich hinreißen lassen, dem Fan-Sein zu frönen. Nach einer Stunde beginnen die ersten Sprechchöre. Journalistinnen und Journalisten halten die Kamera drauf. Sie fotografieren vor der

Statue Willy Brandts posierende Jugendliche, deren Euphorie keine Grenzen kennt. Blitzlichtgewitter. Die vor Aufregung geröteten Gesichter erinnern mehr an ein Rockkonzert als an einen politischen Kongress des Juso-Bundesverbandes. Dieser hat im März zum zweiten Mal zur Jugendkonferenz geladen und einen Top-Act organisiert, um den sich Anfang des Jahres viele reißen mussten.

Und dann kommt er. Der Rockstar, Heiland und Gottkanzler aus Würselen.

Martin Schulz ergreift das Wort und spielt zwei Songs, die seltsam vertraut und doch neu klingen: „Die SPD tritt mit dem Anspruch an, die stärkste Partei in diesem Lande zu werden.“ Und: „Ich trete mit dem Anspruch an, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden.“ Zwei Sätze, frenetischer Jubel, hohe Energie. So mancher kann immer noch nicht fassen, was um ihn herum geschieht. Die Jusos erscheinen nach dem Dauerkonflikt mit Sigmar Gabriel wie ausgewechselt.

Der Tagesspiegel schreibt im Nachgang: „Die Jusos haben vor allem eine Sorge: Wie bekommen wir ein Selfie mit Martin?“

Wenige Wochen später hat sich die Stimmung verändert — sowohl in Teilen unseres Verbandes als auch in der Öffentlichkeit. Drei verlorene Landtagswahlen, Pannen bei der Präsentation des Wahlprogramms sowie die Personalrochade rund um Katarina Barley und Hubertus Heil haben Spuren hinterlassen. Die anfängliche Euphorie ist abgeebbt. In Print und TV fragt man: Ist der Schulzzug entgleist? Was war dran an der Euphorie?

Alles nur ein Hype, hinter dem nichts stand? Eifrig werden diese Fragen mit Umfragen belegt. Von der FAZ über SPON bis hin zur Süddeutschen sind sich die Kommentatorinnen und Kommentatoren einig, dass Martin Schulz sein Mo-



Nach dem Hype ist vor dem Wahlsieg. Auf in den Wahlkampf!

mentum verloren habe. Und in der Tat, wird niemand bestreiten, dass die Wahlniederlagen im Saarland, in Schleswig-Holstein und NRW geschmerzt haben und der erhoffte Rückenwind für die Eroberung des Kanzleramtes ausgeblieben ist.

Begibt man sich auf Spurensuche, um das Phänomen „Schulz“ und die anfängliche Euphorie zu verstehen, wird allerdings auch deutlich, dass es keinen Grund für Hoffnungslosigkeit und Verzagtheit gibt. Martin Schulz ist ein glaubwürdiger Verteidiger der offenen Gesellschaft und europäischen Idee und steht wie kein anderer für Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt. Wo Angela Merkel leise Töne anschlägt, äußert sich der Mann aus Würselen in aller Deutlichkeit und spricht damit vielen Genossinnen und Genossen aus der Seele. Gleichzeitig ist es ihm gelungen, eigene Themenschwerpunkte zu setzen und nicht wie ein Getriebener aktueller Ereignisse zu wirken. Die von ihm angestoßene und von uns lang ersehnte Debatte über Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft sind Ausdruck dessen. Dass die Agenda-Politik zum ersten Feld bestimmt wurde, auf dem konkrete inhaltliche Vorschläge ausgearbeitet wurden, ist darüber hinaus ein wichtiges innerparteiliches wie gesellschaftliches Zeichen an all jene, die den Glauben an die Sozialdemokratie verloren haben. Ihnen wird deutlich gemacht: „Schaut her, wir haben verstanden. In Zukunft könnt ihr wieder auf uns zählen.“ So banal das in unseren

Ohren klingen mag. Solche Botschaften sind wichtig und entfalten eine Wirkung, die nicht zu unterschätzen ist.

Mit seiner Persönlichkeit sowie den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen seiner Kandidaturen bekanntgabe hat Martin Schulz neues Vertrauen in die Sozialdemokratie gestiftet und Menschen begeistert. Nirgendwo hat sich das deutlicher abgezeichnet als bei der Mitgliederentwicklung. Zusammen mit Katarina Barley hat Martin neue Zielgruppen für die SPD erschlossen und innerhalb kürzester Zeit über 17.000 Mitglieder gewinnen können. In den nächsten Wochen gilt es nun, konkret auszubuchstabieren, was wir als Sozialdemokratie unter mehr Gerechtigkeit, Fortschritt, gegenseitigem

Respekt und Würde verstehen und wie wir mit den Herausforderungen der globalisierten Welt umgehen wollen. Erste Antworten hierauf finden sich im Entwurf des Wahlprogramms wieder, der nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom Parteivorstand vorgelegt wurde. Schon beim ersten Durchlesen wird deutlich, dass sich der Einsatz der Jusos und NRW Jusos gelohnt hat. Wir haben viele konkrete Verbesserungen für das Leben (junger) Menschen im Programmentwurf verankern können:

- Umfassende Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge.
- Kostenfreie Bildung von der KiTa bis zur Hochschule und zum Meister.
- Lohnengeldgleichheit zwischen Männern und Frauen, Ausdehnung der Frauenquote, geschlechtergerechte Aufteilung der Elternzeit und modernes Partnerschaftsrecht.
- Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa, Entwicklung europäischer Sozialstandards und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.
- Flächendeckender Breitbandausbau und die Wahrung der Netzneutralität
- Einsatz für bezahlbaren Wohnraum

- BBiG-Novellierung, Ausbildungsplatzgarantie und Mindestausbildungsvergütung
- Verbesserungen bei der Studienfinanzierung (BAföG)
- Abschaffung sachgrundloser Befristungen
- Weniger Zeit- und Leistungsdruck durch integrative Ganztagsmodelle im Schulbereich
- Ehe für alle
- Wahlalter 16

Damit wurden wesentliche Forderungen unseres Leitetrags vom Dresdener Bundeskongress in den Programmentwurf aufgenommen! Baustellen gibt's allerdings auch noch, vor allem beim Thema Steuern (Vermögenssteuer), Rente (Stabilisierung des Rentenniveaus) und der Asylpolitik. Hier werden wir Jusos noch dicke Bretter bohren müssen. Klar ist aber: Wenn sich der Bundesparteitag am 25. Juni in Dortmund trifft, haben wir die Chance, ein linkes und fortschrittliches Wahlprogramm zu beschließen. Lasst uns in den kommenden Tagen deshalb alle Möglichkeiten nutzen, um für unsere Forderungen und Ideen zu werben: Stellt Änderungsanträge und spricht mit euren Parteitagsdelegierten. Mit Martin Schulz und einem Programm, das für einen echten Politikwechsel in der Bundesrepublik und Europa steht, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Die letzten Wahlen haben immer wieder gezeigt, wie schnell eine Stimmung sich komplett wandeln kann. Aktuell ist in Großbritannien zu sehen, dass es dafür manchmal nur wenige Wochen braucht. Lasst uns deshalb trotz der Rückschläge der letzten Monate den Aufbruch wagen und für unsere Werte und Überzeugungen kämpfen! Trotz alledem und alledem: Weitermachen und nicht verzweifeln! Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit.



Matthias Glomb (27) ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand. Zur Zeit plant er in der Wahlkampfleitung die Jugendkampagne zur Bundestagswahl mit. Zudem betreut er das Projekt „Stadt, Land Struktur“. Im 'real life' arbeitet er in einem Forschungsprojekt an der Uni Münster.

BUCHKRITIK

BUCHKRITIK

Sigmar Gabriel. Patron und Provokateur – Hickmann & Sturm



Sigmar Gabriels Biografie erschien Ende 2016, als er noch designierter Spitzenkandidat und „Mr.23%“ war. Doch es kam anders. Und so bietet die journalistisch fair geschriebene, gut lesbare Biografie einen Erklärungsversuch für Gabriels häufig unvorhersehbares Handeln. Mit seinem teils sprunghaften Kurs und seiner häufig schroffen Art gelang es ihm nicht, sich innerparteilich wie gesellschaftlich beliebt zu machen – obwohl er zweifelsohne der größte SPD-„Dealmaker“ der letzten Jahre ist: Neugründung eines „Pakts mit den Gewerkschaften“, Gewonnener GroKo-Mitgliederentscheid und Umsetzung des Mindestlohns, Durchsetzung eines SPD-Bundespräsidenten gegen schwarz-grüne Übermacht sowie Arbeitsplatz-/Tarifvertragsgarantien für Kaiser's-Tengelmann-Beschäftigte uvm. Und natürlich der Schulz-Coup, der die politische Debatte massiv belebt hat.

Kann Gabriels Politik mit dem Buch der Journalisten Christoph Hickmann und Daniel Friedrich Sturm besser verstanden werden? Sie beschreiben Gabriel als eines der größten Polittalente seiner Generation – dank blitzschneller Auffassungsgabe und brillanter Rhetorik. Fähig, Stimmungen zu erkennen und mit einer Rede zu ändern. Die Krux sei, dass diese Stärken einen großen Schatten werfen, also charakterlich eng mit großen Schwächen verbunden sind. Die Diagnose ist: Gabriel wisse gar nicht, wohin mit all seiner schöpferischen Energie, ihm würde sehr schnell langweilig. Und so einfach es ihm falle, sich auf neue Gesprächspartner*innen einzustellen, so schwierig sei es für ihn schon immer gewesen, eine eigene politische Linie längerfristig durchzuhalten. Zu diesen teils biografisch erklärbaren Stärken/Schwächen komme erschwerend ein zu zahmes Umfeld hinzu, das ihn gewähren lasse (von der Ausnahmeerscheinung Matthias Machnig einmal abgesehen).

Trotz der attestierten Sprunghaftigkeit arbeiten die Autoren biografisch-politische Konstanten in Gabriels Wirken heraus, die zur Ehrenrettung genannt werden sollten: Nachweislich – und aller Ausfälle zum Trotz – ist er in seiner gesamten politischen Karriere immer gegen die extreme Rechte eingetreten; er sei zudem ein überzeugter, streitbarer Demokrat, der sich mit viel Herzblut selbst um kleine politische Anliegen der Menschen kümmere.

Insgesamt eine gute Biografie, deren Analyse durch die Außenperspektive etwas unscharf ist und an einigen Stellen zur Überinterpretation neigt.



Felix Eggersglür, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe und unser fleißigster Twitterer. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Seine politischen Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Klimapolitik.

Erinnerungen – Beate & Serge Klarsfeld



Berühmt wurde Beate Klarsfeld in der noch recht jungen Bundesrepublik wortwörtlich auf einen Schlag: Am 7. November 1968 ohrfeigte sie den amtierenden Bundeskanzler, Kurt-Georg Kiesinger. Die Ohrfeige war der kalkulierte Höhepunkt einer Kampagne Klarsfelds, welche die wenig bekannte Nazivergangenheit Kiesingers (seit 1933 NSDAP-Mitglied, später hoher Nazifunktionär) aufdecken und skandalisieren sollte. Serge Klarsfeld überlebte als jüdisches Kind die Shoah nur knapp. Bei einer Razzia der Gestapo konnten Mutter und Kinder sich noch rechtzeitig in einem Schrank verstecken, während der Vater festgenommen, deportiert und schließlich in Auschwitz ermordet wurde. Als Historiker und Jurist kämpfte Serge Klarsfeld sein Leben lang für Gerechtigkeit und gegen das Vergessen der Verbrechen der Deutschen und ihrer Helfer.

Das ungewöhnliche Paar hat einen der bedeutendsten Beiträge in der erinnerungspolitischen Geschichte Deutschlands und Frankreichs geleistet. Gemeinsam jagten sie Täter des Faschismus auf der ganzen Welt. Sie erreichten z.B. die Verurteilung Kurt Lischkas, verantwortlich für die Deportation von 76.000 Menschen aus Frankreich oder die Verhaftung des „Schlächters von Lyon“ Klaus Barbie. Mit mühsamer kleinteiliger Recherche erforschten sie die Strukturen der Nazi-Maschinerie, insb. im besetzten Frankreich und unter dem Vichy-Regime. Sie rekonstruierten den Leidensweg zehntausender Menschen und gaben zahllosen Opfern einen Namen.

Aber die Aufarbeitung der Geschichte war nur ein Aktionsfeld der Klarsfelds. Sie protestierten laut und öffentlich, oft unter Einsatz des eigenen Lebens, gegen Antisemitismus, Faschismus und Stalinismus – im realsozialistischen Prag, in Damaskus und Beirut oder in Westeuropa.

Die Erinnerungen der mittlerweile auch mit zahlreichen staatlichen Ehrungen – darunter das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, sowie hohe französische und israelische Auszeichnungen – gewürdigten Klarsfelds sind oft spannend wie ein Krimi. Abwechselnd erzählen sie von ihrem oft einsamen Kampf für das Leben, der Jagd auf die Verbrecher und nicht zuletzt ihrem gemeinsamen Leben und ihren Kindern. Geradezu ehrfürchtig liest man sich durch dieses stolze und unbeugsame gemeinsame Leben. Auch und gerade heute ist das Leben von Beate und Serge Klarsfeld ein leuchtendes Beispiel für jeden Menschen.



Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort u.a. die Leitlinie Antifaschismus. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

BUCHKRITIK

BUCHKRITIK

Ich und die Menschen – Matt Haig



Der Erzähler* dieser Geschichte stammt von einem anderen Planeten, so weit entfernt von der Erde, dass die Menschen von seiner Existenz nicht einmal etwas ahnen. Eigentlich wurde er auf die Erde geschickt, um den mathematischen und damit technischen Fortschritt der Menschheit aufzuhalten. Denn diese sind dazu noch nicht bereit.

Und zunächst scheint das auch kein Problem zu sein. Jeder weiß schließlich, dass Menschen zu Egoismus, übermäßigem Ehrgeiz und Gewalttätigkeiten neigen.

Doch dann entdeckt er Musik, Poesie, Erdnussbutter und viel wichtiger: Isobel und ihren Sohn Gulliver. Und das verändert alles.

Die gute Nachricht zuerst: Das Buch ist trotz des Außerirdischen nicht aus dem Science Fiction Genre. Die Wahl eines Außerirdischen als Hauptperson erlaubte es dem Autor jedoch die Menschen aus einer nüchternen und dadurch sehr ironischen Sichtweise zu betrachten. Schon nach den ersten Seiten hatte ich zig Zitate, die ich mir merken wollte. Beispiele gefällig?

„Wenn man auf die Erde kam, um nach logischem Sinn zu suchen, war man am falschen Ort.“

"Das Pub war eine Erfindung von Menschen, die in England lebten, gedacht als Kompensation dafür, dass sie Menschen waren, die in England lebten."

"Wenn man einen Hundekopf auf dem Schoß hat, erkennt man nach einer Weile die unbedingte Notwendigkeit, ihn zu streicheln. Fragt nicht, woher das kommt."

Wenn ihr wissen wollt wo die stehen und was noch so großartiges in dem Buch steht: Lest es. Meine Empfehlung habt ihr.



Halice Kreß-Vannahme kommt aus Aachen, studiert in Duisburg und lebt im Zug. Sie ist Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos und dort im Schwerpunkt Wirtschaft, sowie den Leitlinien Gleichstellung und Antifa tätig. Sie legt Wert auf die Feststellung, dass ihr Name nicht „Alice“ ist.

Die Tänzerin von Auschwitz – eine unbeugsame Frau – Paul Glaser



Roosje Glaser ist eine selbstständige, unabhängige junge Frau. Sie liebt das Tanzen, die Musik, die Gesellschaft und sie entstammt einer jüdischen Familie. Nach der deutschen Besetzung der Niederlande wird ihr diese Tatsache zum Verhängnis. Doch Roosje kämpft und überlebt mehrere Konzentrationslager. All dies schreibt sie in einem Tagebuch nieder. Ihr Neffe Paul Glaser weiß von all dem nichts. Als erstes Kind der Nachkriegsgeneration ist er in dem Glauben aufgewachsen, seine Familie sei schon immer katholisch und seine Großeltern an Altersschwäche gestorben. Das dem nicht so ist, ahnt er als er im Konzentrationslager Auschwitz einen Koffer mit der Aufschrift „Glaser“ entdeckt. Paul Glaser beginnt sich mit dem Schicksal seiner Familie während des zweiten Weltkriegs zu beschäftigen und stößt auf Mauern. Sein Vater will nicht über die Vergangenheit und seine Familie sprechen. Andere Familienmitglieder, insbesondere die der ersten Nachkriegsgeneration, wollen sich persönlich nicht mit der Vergangenheit und der Shoa beschäftigen. Paul erfährt durch Zufälle und behutsames Nachfragen mehr von dem Schicksal seiner Tante und verarbeitet die Suche nach der Vergangenheit seiner Familie in einem Buch. „Die Tänzerin von Auschwitz – eine unbeugsame Frau“ zeigt nicht nur wie schwierig die Konfrontation mit der Shoa sein kann, sondern bettet Roosjes Tagebuch und Briefe ein, welches uns Einblicke in die Gedanken von Roosje und uns eine Vorstellung von dem was sie durchlebte, gibt.



Lisa-Katharina Schumann ist für die Juso Schüler*innen in den Landesvorstand kooptiert und freut sich bald ihr Abiturzeugnis in der Hand zu halten.

ARBEITERIN VON HEUTE



A

Also es ist ja so, dass die SPD eine „Arbeiterpartei“ ist. Proletarier*innen aller Länder sollen sich vereinigen. Da sind wir ja sehr stolz drauf. Weil wir nah bei den Leuten sein und für die vom Kapitalismus unterdrückte Klasse gute Dinge bewirken wollen. Und da wir vom alten Mann mit Bart wissen, dass Kapital und Arbeit (in diesem unserem System) in einem Widerspruch zueinander stehen, und dass die Arbeit vom Kapital unterdrückt wird, macht das auch ziemlich viel Sinn, sich für die Arbeiter*innen einzusetzen. Unser Ziel ist kein geringeres, als sie zu befreien, respektive sie zu befähigen, sich selbst zu befreien. Mein subjektives Empfinden sagt mir, dass wir damit objektiv auf der guten Seite stehen.

Wenn das geklärt ist, drängt sich aber geradezu die nächste Frage auf: Wer sind diese Arbeiter*innen? Früher, haben wir gelernt, damals, in der guten alten Zeit, als im Ruhgebiet zwar außen alles schwarz, innen aber durchweg rot war, war der klassische SPD'ler schnell ausgemacht. Das war der Arbeiter, der nach einer Ausbildung ehrlich unter Tage malocht hat. Im Rheinland dann vielleicht bei Ford am Band stand. Der Arbeiter war Gewerkschafter und hat in großen Betrieben (meist körperlich) hart gearbeitet. Die klassische SPD'lerin war dann die Frau des Arbeiters, die vielleicht ebenfalls bei Ford in der Polsterung, oder aber im Supermarkt an der Kasse saß. Eine Abstraktionsebene höher könnte gesagt werden, dass es um die Menschen ging, die

von morgens bis abends fremdbestimmte Tätigkeiten ausgeübt haben und trotzdem nicht reich geworden sind.

Die SPD hat also einiges für ihre Arbeiter*innen getan. Wir würden wahrscheinlich sogar sagen, dass wir es waren, die es ihnen ermöglicht haben, dass — wenn sie wollten — sie oder ihre Kinder Abitur machen und auf eine Uni gehen konnten. Haben viele gemacht. Auch dadurch haben „die akademischen Berufe“ sich insofern verändert, als dass Arzt/Ärztin nicht mehr zwangsläufig gleichbedeutend ist mit Ferrari, Golfcaddie und einer Rotweinsammlung die mehr wert ist, als das Reihenhause, was Franz und Jutta seit 25 Jahren abstottern. Vielmehr mussten wir feststellen, dass auch die akademische Ausbildung vor einem Grundpfeiler des Kapitalismus, dem alten Fiffikus, nicht schützt: $W \rightarrow W^A$

Ganz platt gesagt: Kein Gewinn (des Kapitals) ohne Ausbeutung (der Arbeit). Dieser Logik folgend, bleibt dem Kapitalismus nunmehr gar nichts anderes übrig, als auch die Beschäftigten, die nicht in der Fabrik, sondern im Büro/der Uni/dem Startup arbeiten, ebenso auszubeuten. Demzufolge ist es mehr als nachvollziehbar, dass sich auch Menschen, die Sozial-, Politik-, oder Naturwissenschaften studiert haben in Situationen auf dem Arbeitsmarkt widerfinden, die bestenfalls ausbaufähig sind. So vong Gerechtigkeit her. Eine Abstraktionsebene höher könnte gesagt werden, dass es um die Menschen geht, die von morgens bis abends fremdbestimmte Tätigkeiten ausüben und trotzdem nicht reich gewor-

den sind. Moment, Stopp! Diesen Satz hab ich doch schon mal geschrieben. Weiter oben, als es um die Menschen ging die, wenn man denn verallgemeinern wollte klassische Ausbildungsberufe gelernt und ausgeübt haben. Sollte es am Ende so sein dass es gar nicht auf die Bezeichnung des Abschlusses oder den späteren Beruf ankommt, ob und wie ich ausgebeutet werde? Es bedarf nun keiner großen detektivischen Fähigkeiten um herauszufuchen, dass auch die Autorin dieser Zeilen, der Gruppe der akademischen Berufe angehört. Was jetzt dazu führen könnte, dass sie darüber schreibe, wie wenig Urlaub sie hat. Nämlich deutlich weniger als die Malocher*innen mit den IG Metall Tarifverträgen. Oder wie wenig Altersvorsorge von Arbeitgeberin sie bekommt. Nämlich gar keine.

Das aber würde überhaupt keinen Sinn machen. Es wäre sogar im höchsten Maße kontraproduktiv. Denn bescheidenes Ziel dieser Zeilen ist nicht, uns zu trennen, sondern uns zu einen.

Nicht Azubi*ne gegen Studi, nicht Gewerkschaft gegen Uni. Sondern alle zusammen. Proletarier*innen aller Berufsbezeichnungen, vereinigt euch!



Lena Oerder kommt aus, und lebt in Köln. Sie arbeitet zwar als Anwältin in Düsseldorf, das jedoch zum Glück auf Arbeitnehmer*innenseite. Sie ist Mitglied im Juso-Landesvorstand und dort im Schwerpunkt „Gesellschaft“ tätig. Ihr politisches Engagement steht unter dem schönen Stern der Gleichstellungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – außerdem steht sie auf Gedankenstriche.

--	--



Umlaute sind erlaubt. Lösungswort auf nrwjusus.de/raetsel einreichen, einen von drei Büchergutscheinen gewinnen. Einsendeschluss ist der 31.07.2017

V.i.S.d.P.: Guido Kleineheilmann
Grafik: Felicitas Horstschäfer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal